

Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 23.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen haben auf
2 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240
3 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste. Wir stehen
4 nach diesen furchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir
5 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen schweren
6 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt, Hinterbliebene betreut und Leichen
7 geborgen haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der Staatsgründung
8 Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und Juden in Israel aufs Neue um ihr
9 Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine ungeteilte und
10 unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für Israel und seine Bürger*innen deutlich
11 machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson und Leitmotiv unseres
12 Handelns.
13 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen Verantwortung.
14 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden, nachdem
15 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch
16 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren Hafen für
17 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar wie
18 die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
19 Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich gegen diese
20 Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
21 Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen vom
22 7. Oktober führt Israel deshalb als Reaktion Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Darunter
23 leidet die palästinensische Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist*innen, darunter zahlreiche
24 Kinder, sterben durch den Krieg. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen,
25 denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde und
26 versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Wir setzen uns
27 vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für Feuerpausen
28 und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen können. Dazu
29 gehört es auch, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln,
30 Medikamenten und Energie zuzulassen. Schwerkranke und Schwerverletzte müssen
31 schnellstmöglich in Krankenhäuser im benachbarten Ausland überführt werden können. Auch
der

32 Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden
werden.

33 Für Israel gilt wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft das völkerrechtliche
34 Gebot der Verhältnismäßigkeit. Wir begrüßen die Resolution des UN-Sicherheitsrats, die
35 Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und besonders
36 durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Nur
37 durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten wird eine
38 ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich sein. Zur
39 deutschen Staatsräson gehört aber gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für die
40 Sicherheit Israels und seiner Bürger*innen.

41 In Gaza ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem, was es
42 zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Mindestens eine
43 Millionen Palästinenser*innen sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und
44 Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu
45 versorgen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza
46 erhöht hat. Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie
47 bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären
48 Zugang.

49 Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit
50 geprägt. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft der
51 Hamas. Auch die Politik der Abriegelung hat die wirtschaftliche Entwicklung massiv
52 erschwert. Mittel- und langfristig braucht es neben einer politischen auch ökonomische
53 Perspektiven für den Gazastreifen, um dauerhaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu
54 schaffen. Nach dem Ende des Konflikts setzen wir uns für ein Ende der Politik der
55 Abriegelung des Gazastreifens unter Wahrung der israelischen Sicherheitsinteressen ein. Wir
56 fordern eine koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die EU
57 beteiligen soll. Wir fordern eine aktive Rolle der Vereinten Nationen in den Bemühungen um
58 die Schaffung und Sicherung von Frieden in der Region.

59 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf diesen Krieg
60 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und das
61 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die
62 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten Verbündeten
63 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir uns
64 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die Geltung
65 des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das
66 internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die
67 erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und
68 der arabischen Welt.

69 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels
70 und das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten auch für die Zukunft zu garantieren:
71 Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns mit Nachdruck für
72 eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein, bei der
73 der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer

74 Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dazu gehört eine kritische
75 Auseinandersetzung mit den Ursachen aus verschiedenen Perspektiven. Es ist unser Ziel, dass
76 Israelis und Palästinenser*innen als Bürger*innen dieser beiden Staaten mit vollen
77 bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten in Frieden und Sicherheit leben können.

78 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für
79 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch die EU soll auf beide Seiten aktiv
80 einwirken. Dabei setzen wir uns für feministische und nachhaltige Ansätze der Konfliktlösung
81 ein, deren Umsetzung sich an den Grundsätzen der Resolution 1325 orientiert.

82 Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden
83 kann. Darum braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine
84 konsequente Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine
85 Grundlage für die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen.
86 Zu der Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den
87 Terror gegen Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Der fortdauernde israelische
88 Siedlungsbau, Pläne für völkerrechtswidrige Annexion und die Siedlergewalt gegen
89 Palästinenser*innen im Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Das
90 humanitäre Völkerrecht muss überall eingehalten werden. Wir wollen weiterhin mit denjenigen
91 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für
92 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen.

93 Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen Gewaltakteure, die nie den Frieden mit
94 Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung Israels
95 und seiner Bürger*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen
96 Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die internationale
97 Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen
98 Revolutionsgarden.

99 Als größte Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen
100 Gebiete auch den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um
101 Hass entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen und den
102 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

103 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen regionalen
104 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung bekommen
105 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die
106 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch deswegen
107 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der
108 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, auf die
109 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

110 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
111 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland
112 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der sich auf
113 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und Juden oder
114 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt.

115 Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht
116 vorrangig ein Problem der Einwanderungsgesellschaft. Auch Kunst und Kultur sind nicht immun

117 gegen Antisemitismus. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden treten
118 wir daher entschieden entgegen, denn die Perspektiven jüdischer und israelischer
119 Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur.

120 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland,
121 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in
122 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu machen.
123 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer auch
124 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit. Dazu
125 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und gefeiert
126 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur Gewalt
127 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

128 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische
129 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Deshalb ist es
130 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder verherrlichen,
131 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres
Rechtsstaats
132 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach durch
133 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der
134 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen
135 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte Konsequenzen für
die
136 Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis.
137 Diese Möglichkeit besteht längst.

138 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den Antisemitismus
139 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft reichen
140 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus jeglicher
141 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter. Zu
142 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der Lehren
der
143 Shoa sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler Bestandteil
144 von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die Shoa kennen und die
145 Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche
146 Organisationen, die Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten oder
147 Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt werden. Wir
148 brauchen islamische Verbände und Vereine, welche unsere freiheitlich-demokratische
149 Grundordnung achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt
150 sind. Für diese Verbände müssen Finanzierungsstrukturen gefunden werden.

151 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und
152 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslim*innen nicht. In Deutschland leben
153 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die
154 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in Gaza und
der
155 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen wir.

156 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich auch in der
157 aktuellen, angespannten Lage verbrieft - unter den Bedingungen, dass Demonstrationen

158 angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des Strafrechts eingehalten
159 werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und Standpunkte vertreten werden, die für
160 viele an die Grenzen des Erträglichen gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch
161 für die hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und
162 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im Rahmen der
163 geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe zu Terror und Terrororganisationen
164 oder für Antisemitismus.

165 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben
166 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben für alle
167 ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, sie kämpfen gegen
168 Hass und Terror, sie setzen sich für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung ein.